

# Bericht aus Brüssel

Bernd Kölmel MdEP

Haushaltspolitischer Sprecher der EKR-Fraktion  
Stellv. Vorsitzender des Bundesverbandes  
Vorsitzender des Landesverbands Ba-Wü  
der Liberal-Konservativen Reformier

Ötigheim/Brüssel, den 19.05.17

Liebe Leserinnen und Leser,

ich begrüße Sie herzlich zum aktuellen „Bericht aus Brüssel“.

In der ersten Jahreshälfte wurde von Parlament und Rat die [Verschärfung der europäischen Waffenrechtsrichtlinie](#) beschlossen, welche wenig effektiv ist und in erster Linie nicht Straftäter und Terroristen, sondern gesetzestreue Jäger, Sportschützen und Waffensammler beeinträchtigt. Im Weiteren genehmigten die EU und Kanada das Handelsabkommen CETA, welches im Vorfeld stark in der Kritik stand. Ich bin der Meinung, dass den berechtigten Bedenken, etwa im Umwelt- und Verbraucherschutz, mit der Schaffung eines Handelsgerichtshofes genügend Rechnung getragen wurde und das Abkommen einen Impuls für neues Wirtschaftswachstum liefern wird. Zumal sich die Kanadier in der Vergangenheit als verlässliche Partner der EU und auch Deutschlands gezeigt haben. Weiter hat sich das Parlament – einschließlich der allermeisten Vertreter von Union und SPD – im Februar offen für mehr Zentralisierung, einen separaten Eurozonenhaushalt und damit für einen weiteren Schritt Richtung [Vereinigte Staaten von Europa](#) ausgesprochen. Dies lehnt die LKR kategorisch ab. Wir können allerdings sicher sein, dass nach der Bundestagswahl im September die neue Bundesregierung zusammen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron ganz konkrete Vorschläge zulasten des Steuerzahlers vorlegen werden, so wie das schon vor [zwei Jahren](#) angekündigt wurde.

Ich werde mich hier in Brüssel mit meinen Mitstreitern von den Liberal-Konservativen Reformiern ganz im Sinne von Asterix („Das ganze Parlament? Nein, nicht das ganze... ☺) vehement dagegenstemmen und mich für Subsidiarität, mehr Mitspracherechte, Bürgernähe und Demokratie zum Nutzen des Steuerzahlers einsetzen.

## **Das Parlament will den europäischen Zentralstaat**

Am 14. Februar hat das Europäische Parlament in großer Mehrheit [drei Berichten zugestimmt](#), in denen es mehr Zentralisierung für die EU und eine weitere Entmachtung der Nationalstaaten fordert. Zwar haben diese Beschlüsse keine unmittelbare Gesetzeskraft, da es sich um sogenannte Initiativberichte handelt. Dennoch gibt das Parlament eine Grundrichtung vor, die möglicherweise bald zu konkreten Schritten führen wird.

Europaabgeordnete der deutschen Regierungsparteien sprachen sich dabei übrigens in überwältigender Mehrheit für diese neuen Vorschläge aus, die es in sich haben:

Im [Vorschlag](#) des belgischen Europaabgeordneten und ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt soll der aktuelle Lissabonner Vertrag durch ein neues Regelwerk ersetzt werden. Dieses würde die EU fundamental hin zu einem Zentralstaat umbauen. Wichtige Elemente sind die Einführung eines Europäischen Finanzministers mit makroökonomischen, haushalts- und sogar geldpolitischen Instrumenten, die Schaffung neuer Behörden und Programme, die Ermächtigung der EU-Kommission zur Schuldenaufnahme, umfangreiche EU-Steuern und das Recht des Parlamentes, diese selbst festzusetzen, bis hin zur Umsetzung der Bankenunion.

Europa soll auf diese Weise ein föderaler Staat werden, die Kommission wäre dann die Regierung, Nationalstaaten wären zu Provinzen degradiert. Wenn man zu Konzepten wie Bürgernähe, Subsidiarität und Eigenverantwortung steht, kann man dieses Reformpapier keinesfalls unterstützen.

Ebenfalls höchst problematisch ist der [Brok-Bresso-Bericht](#) zur „Ausschöpfung des Potenzials der Verträge von Lissabon“. Denn der vom CDU-Abgeordneten Elmar Brok mitverfasste Vorschlag ist nichts anderes als eine Mogelpackung. Er gibt vor, innerhalb des bestehenden Regelwerks des Lissabon-Vertrages Möglichkeiten für mehr europäische Zentralisierung und zusätzliche Geldmittel zu finden. Der einzige rechtlich zulässige Ansatz hierfür wäre die Aufstockung der europäischen Eigenmittel. Darüber hinaus enthält der Text jedoch eine Vielzahl von Forderungen, die innerhalb der bestehenden Verträge nicht umgesetzt werden können. Dazu zählen die Einführung von EU-Steuern, der Verzicht auf Einstimmigkeit im Rat (etwa bei Haushaltsbeschlüssen der EU-Mitgliedstaaten) und mehr EU-Kompetenzen in der Arbeits- und Sozialpolitik. Forderungen an Recht und Gesetz vorbei – dies kennen wir bestens von der Euro- und der Migrationskrise.

Kommen wir schließlich zum ebenfalls von einem CDU-Abgeordneten (Reimer Böge) mitverantworteten [Vorschlag](#) zur Einführung einer Fiskalunion. Hier geht es im Klartext um einen eigenen Sonderhaushalt für die Eurozone auf Kosten der Steuerzahler. Begründet wird dies mit dem Ausgleich symmetrischer und asymmetrischer Schocks. Damit sollen die Maastricht-Kriterien für den Euro mit dem Verbot der Schuldenübernahme endgültig und rechtsbrüchig ausgehebelt werden. Ein solcher Bericht kann daher nur als Skandal bezeichnet werden. Ebenso skandalös ist es, dass bereits vor zwei Jahren der damalige Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel zusammen mit dem heutigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron genau solch einen Eurozonenhaushalt gefordert

hat. Wir können sicher sein, dass spätestens nach der Bundestagswahl im September konkrete Gesetzesvorschläge in diese Richtung vorgelegt werden.

Hier finden Sie die Abstimmungsliste der deutschen Abgeordneten zu den vorgenannten Berichten: <http://bit.ly/2ITp9A0>.

### **Verschärfung der europäischen Waffenrechtsrichtlinie beschlossen**

Am 14. März hat das Europäische Parlament die [Verschärfung der europäischen Waffenrechtsrichtlinie](#) beschlossen. Zwar wurde dieser Entwurf der Kommission, der unmittelbar nach den Terroranschlägen in Paris vom November 2015 vorgelegt wurde und enorme handwerkliche Mängel aufwies, in einigen Teilen verbessert. Nach wie vor aber konnte nicht glaubhaft versichert werden, dass die Verschärfung der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität dient. Denn ohne auf die einzelnen Bestimmungen eingehen zu wollen bleibt festzuhalten: Straftäter pflegen ihre Waffen nicht auf legalem Wege zu beziehen. Stattdessen werden gesetzestreue Jäger, Sportschützen und Waffensammler in unverhältnismäßiger Weise gegängelt, unter Generalverdacht gestellt und in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt.

Am [25.04.2017](#) hat der Ministerrat als zweite Kammer der überarbeiteten Richtlinie zugestimmt. Damit wird nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU die Verschärfung rechtskräftig. Beschlüsse wie dieser führen zu einer weiteren Europaskepsis und einer entsprechenden Entfremdung zwischen Bürgern und politischen Eliten. Ich habe mich mit meinen Mitstreitern hier klar dagegen ausgesprochen.

### **Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada genehmigt**

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der EU und Kanada hat das Europäische Parlament dem [Freihandelsabkommen CETA](#) am [15. Februar 2017](#) zugestimmt. Trotz aller Kritik stehe ich zu diesem Abkommen. Denn mit CETA wurde ein hervorragendes Freihandelsabkommen vereinbart, das nicht nur die Zölle im Handel mit Kanada fast vollständig verschwinden lässt, sondern auch sonstige Handelshemmnisse zum Nutzen der Bürger abbaut. Europäische Standards, etwa im Verbraucher- oder Umweltschutz, werden nicht aufgeweicht. Darüber hinaus setzt das Abkommen internationale Maßstäbe und sieht – auch aufgrund meines entsprechenden Impulses als Leiter der EU-Kanada-Delegation im Europäischen Parlament – einen internationalen Investitionsgerichtshof vor.

Das Abkommen wurde am 30.10.2016 beim 16. EU-Kanada-Gipfel unterschrieben und bekam nun die Zustimmung des Parlaments. Ebenfalls genehmigt wurde ein [Abkommen über eine strategische Partnerschaft mit Kanada](#), um in außenpolitischen Bereichen intensiver zu kooperieren.

### **Leitlinien zum EU-Haushalt 2018**

Die Leitlinien des Berichterstatters Siegfried Mureşan zum [EU-Haushalt 2018](#) wurden am 15. März im Parlament beschlossen. Sie enthalten erste positive Anzeichen dafür, dass das Europäische Parlament in Zukunft größeres Augenmerk auf Effizienz legt. Tat sich die Parlamentsmehrheit in früheren Jahren durch überzogene Forderungen an Kommission und Rat hervor, indem es sich für massive Erhöhungen des EU-Haushalts ohne klare Zielvorgaben aussprach und

dabei ineffizienten Dauersubventionierungen das Wort redete, so sind weite Teile der nun vorliegenden Haushaltsleitlinien durch Vernunft und Sachverstand geprägt. Prioritäten werden auf die Sicherheit der Bürger, Wettbewerbsfähigkeit und Forschung gelegt. Die Bedingung, dass EU-Nachbarschaftshilfe nur dann gewährt wird, wenn rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien tatsächlich eingehalten werden, geht auf unseren Vorschlag zurück. Gerade im Fall Türkei, die jährlich mehr als 600 Mio. EUR an sogenannten Vorbeitrittshilfen erhält, ist dieser Passus wichtig. Allerdings gibt es einige Punkte, mit denen die EKR-Fraktion nicht zufrieden ist. Nach wie vor fehlt für die Bewältigung der Migrationskrise ein überzeugendes Gesamtkonzept der EU. Davon muss aber abhängig gemacht werden, wie viel Geld wofür ausgegeben wird. Im Weiteren gibt es überzogene Forderungen nach mehr EU-Eigenmitteln. Schließlich sollen für ein Gratis-Interrail-Ticket für alle Achtzehnjährigen zusätzlich mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr ausgegeben werden. Nach Abwägung der Vorzüge und Kritikpunkte an diesen Haushaltsrichtlinien habe ich mich der Stimme enthalten.

### **Hilfe für Afrika**

In Kürze wird der [Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung \(EFSD\)](#) im Parlament beraten. Dabei geht es darum, mit EU-Mitteln von 750 Millionen EUR bis 2020 in Afrika und in Ländern der europäischen Nachbarschaft die Migrationsursachen zu bekämpfen und die nachhaltige Entwicklung in diesen Gebieten zu fördern. Wir von der LKR werden diesem Vorhaben zustimmen, ist es doch ein wichtiges Element unseres Konzeptes zur Bekämpfung der Migration. In diesem Rahmen habe ich auch ein so genanntes Pilotprojekt über 2 Millionen EUR beantragt, welches das Anpflanzen von Bäumen in Afrika begünstigen soll. Sollte dieses Projekt genehmigt werden, steht die Kommission in der Pflicht, dieses Geld sachgemäß zu verwenden. Dabei ist es selbstverständlich, dass es eine transparente Erfolgskontrolle geben wird und die Ergebnisse mess- und damit nachweisbar sind.

### **Bundespräsident Steinmeier in Straßburg**

Am 4. April 2017 sprach zum ersten Mal der neugewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Straßburger Plenum. Dabei hielt er fest, dass es bitter für ihn sei, in diesem Saal zu sprechen, kurz nachdem mit dem Vereinigten Königreich ein Mitgliedsland seinen Austritt aus der Europäischen Union eingeleitet hat. Im Weiteren appellierte er, man müsse Europa bewahren, pflegen und verbessern. Darin sind sich wohl die meisten von uns einig. Allerdings gibt es bei der Frage, wie dies geschehen soll, zwischen mir und der LKR einerseits und Frank-Walter Steinmeier andererseits erhebliche Meinungsunterschiede. Denn wir wollen ein Europa der Bürgernähe, basierend auf den einzelnen, souveränen Nationalstaaten, keinen EU-Superstaat. Diese Richtungsfrage wird uns auch in der nahen Zukunft weiter beschäftigen.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und wünsche Ihnen einen angenehmen Start in die warme Jahreszeit.

Herzliche Grüße sendet Ihnen

Ihr Bernd Kölmel

